

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 10 Pfennig monatlich zusätzlich 6 Pfennig Postgebühren. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Briefträger und die Verlagshäuser (Galle, Schulstraße Nr. 21, Leipzig), entgegen. — Einzelne Hefen 5 Pfennig und Briefträgerführung einbehalten den Betrag von der Haltung für Bestellungen und Entschädigung.

Verlagsort: 66 Coblenz. — Druckerei: 66 Coblenz. — Druck: 66 Coblenz. — Vertrieb: 66 Coblenz. — Einzelne Hefen 5 Pfennig und Briefträgerführung einbehalten den Betrag von der Haltung für Bestellungen und Entschädigung.

Verlagsort: 66 Coblenz. — Druckerei: 66 Coblenz. — Druck: 66 Coblenz. — Vertrieb: 66 Coblenz. — Einzelne Hefen 5 Pfennig und Briefträgerführung einbehalten den Betrag von der Haltung für Bestellungen und Entschädigung.

Nummer 24

Halle (S.), den 12. Juni 1926

2. Jahrgang

Neue Konflikte.

Der Hindenburgbrief — Die Privatmeinung des Reichspräsidenten — Ein Spiel mit gezinkten Karten — Der widerlegte Herr von Voebell — Ländek des deutschen Volkes? — Die Reichsregierung in Verlegenheit — Luther und Marx — Ein schlechter Tausch — Personalpolitik im Zentrumsinne — Die Inkraftsetzung der Flaggenerverordnung — Die Bischöfe gegen den Volksentscheid — Festhalten am Kompromiß — Die Mecklenburger Wahlen — Währungsgemeinschaft.

Das war nicht wohlgetan mein Feldherr, heißt es im Wallenstein. Wir müssen dieses Wort mit besonderem Bedauern auch auf den Brief anwenden, den der Präsident der deutschen Republik an Herrn von Voebell geschrieben hat. Selbstverständlich ist es auch dem Staatsoberhaupt unbenommen, seine politische Ansicht im engeren Kreise zu äußern, nur darf sie nicht ein Beeinflussungsverbot der Öffentlichkeit gegenüber werden. Wenigstens nicht bei uns, wo die Weimarer Verfassung ihrem ersten Beamteten seine eigene Grenzen zieht. Man hat oft, gerade in der letzten Zeit darüber geschrieben, ob es sich nicht empfehlen würde, nach amerikanischem Muster die Präsidialrechte zu erweitern, und in der Tat spricht vieles dafür, vor allem die Möglichkeit, Krisen abzuwenden, die nicht in der Natur der Sache unbedingte und folgerichtige gelegen sind. Herr Goebbels ist drüber selbst Bescheid im Kabinett, ohne geführt zu werden, und aus seiner Regierung kann man ihm seine Stille herausbrechen, ohne daß der Kanzler eine Zweibrüder-Mehrheit beibringt. Das hat sich durchaus bewährt. Aber selbst wenn man die Frage nach einer Stärkung der höchsten Gewalt bejaht, vorläufig gelten noch die Bestimmungen von Weimar und sie verlangen peinliche Ansehung. Herr von Hindenburg hat das auch mit seinem Gefühl durchaus begriffen und im ersten Teil seines Schreibens klar und deutlich ausgesprochen. Leider biegt er im zweiten Teil selbst davon ab.

Sicherlich war ursprünglich dieser Brief nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Als aber die Kunde davon hinausgiert, blieb einem so aufrechten Manne wie Hindenburg nichts übrig, als sich in voller Freiheit, die in Wirklichkeit seine Freiheit mehr war, zu ihm zu bekennen. Herr von Voebell, dessen Tätigkeit schon im kaiserlichen Regime nicht gerade zum Nutzen gereichte, hat dem von ihm selbst auf den Schild erhobenen Feldmarschall ungeheuren Schaden zugefügt. Und man kann uns fragen was man will, der Verdacht ist zum mindesten nicht von der Hand zu weisen, daß es sich hier um ein Spiel mit gezinkten Karten gehandelt hat. Die Herren zur Rechten haben häufig im stillen Kämmerlein gesehzt, wenn sie an die Wahl des vergangenen Jahres dachten: Was! uns, wir haben geseggt! Sie hatten zum Bau der deutschen Weimarer die härtesten Quaderstein herangeschleppt und verankert mit Schwere, daß sie, die das Böse gewollt, das Gute geschafft hätten. Deshalb die lebenswichtige Aufgabe, an deren Ende wohl der Rücktritt des Reichspräsidenten stehen sollte. Selbstverständlich wird man mit einer solchen Behauptung sofort zum Verleumdung gestempelt, aber mit der Ehre der anderen gehen unsere Rechtsstreife nicht sonderlich äußerlich um. Herr von Voebell hat ja auch mit fittlicher Entrüstung die Maßnahme jurisdizieren, es hätte er den Brief ohne Zwang veröffentlicht wolle. Erst die sozialdemokratische Antündigung habe ihm den Rücken verperzt. Der Vorwärts jedoch bringt in seinem Brief das Maßstab, das Maß für den 20. Juni bereits fertiggestellt worden war, das Bild und den Brief hätten verbergt mit dem Julus; Stimmhaltung zu ihm, wovon der Reichspräsident kein Wort gesagt hat.

Dieser Zwischenfall hat die politische Lage noch weiter verschärft und droht die Sozialdemokraten in erhöhtem Ausmaß zu radikalisieren. Vor allem aber schmerzt es, daß Herr von Hindenburg nun in diesen Kampf hineingezogen werden wird, während wir alle dringend gewünscht haben, daß er, der Präsident, über den Parteien, außerhalb des politischen Tagesstreites stände. In seinem Brief findet sich ein Wort, das besonders bedenklich ist. Er wirft dem deutschen Volk großen Unmut gegen die Hohenzollern vor, falls es dem Volksentscheid zum Siege verhelfen sollte. Man kann über die Rechtsfrage denken wie man will, und auch weite Kreise der Demokraten haben sich gegen den Volksentscheid ausgesprochen, weil sie eine einschüchternde Entgegnung nicht mit der Verfassung für vereinbar halten. Aber aus rechtlichen, nicht aus moralischen Gründen. Sogar ein Dank gebührt dem letzten Kaiser nicht. Gewiß, er hat sich den Frieden zu weihen verweigert, aber seine Reden haben auch in den neutralen Staaten die an sich falsche Überzeugung von seinem Kriegswillen geweckt. Seine Regierung hat in 30 Jahren das große Erbe der Kaiser reichlich veräußert. Zwei Kronenjäger führen wir dafür an, denen auch kein deutschnationaler die Gefolgschaft verweigern kann: Otto von Bismarck, der das Nötige im dritten Wandel seiner

Gedanken und Erinnerungen sagt, und Paul von Beneckendorff und Hindenburg, der ja selbst dem Kaiser zur Abdankung riet und damit ein verhängendes Urteil über ihn fällt.

Die Reichsregierung ist durch diesen Vorgang in eine peinliche Lage gebracht worden. Formal kann sie jede Verantwortung ablehnen, denn der Brief hätte, um eine amtliche Kundgebung darzustellen, der Gegenzeichnung des Reichspräsidenten bedürftig. Aber die Frage ist doch wohl berechtigt, warum das Kabinett nicht das äußerste verlor, hat, gegebenenfalls sogar unter Androhung des Rücktritts, um die Zustimmung zur Befragung zu verhindern. Und da sie uns ein offenes schriftliches Wort gestatten. Man hat uns manche Vorwürfe gemacht, weil wir den Sturz Luthers in jenem Augenblick nicht aufhoben. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben. Herr Marx ist eine schwere Enttäuschung für jeden — der an ihn glaubte. Wer hinter die Kulissen gesehen hat, weiß, daß Luther sich anders verhalten hätte. Er hat mit dem Präsidenten gerungen, um in der Frage des Volksentscheides eine Stellung einnehmen zu können, die nachlos übertriebene Anforderungen der fürstlichen Parole bot. Er hätte Herrn von Voebell ganz sicher das Handrecht gelegt. Aber selbst wer daran zweifelt, sehe sich einmal die Personalpolitik an, die jetzt getrieben wird. Herr Marx, einer der Vorwärtigen des Reichsbanners, er nennt Beamte, die überall zu finden sind, nur nicht auf dem Boden der deutschen Republik. Man muß sagen, daß Herr Luther, dessen republikanische Gesinnung sicher nicht ohne Zweifel war, der sich aber doch immerhin zu einem Lippenbekenntnis entschloß, niemals ans das Angebot hat. Und noch eines. Das Kabinett wurde geführt, weil es die Flaggenerverordnung unangesehen erlassen hätte. Der Nachfolger des Kanzlers wurde Herr Marx, der als Reichsjustizminister die Verordnung vortreibt hat. Die Eingeweihten konnte es nicht überraschen, daß er sie ausdrücklich als zu Recht bestehend bezeichnete und jetzt ihre Durchführung angeordnet hat. Wir haben tatsächlich den Teufel mit Voebell vertrieben. Ein Kopfschütteln geht durch das deutsche Volk.

Trübe genug sind die Aussichten für ein Kompromiß. Erst muß der Volksentscheid abfallen, ehe man diese Fragen ernstlich erörtern wird. Aber die Aussichten zu sprechen ist sicher vertrieben und doch große Hoffnungen haben auch die leidenschaftlichsten Befürworter heute nicht. Die Bischöfe haben sich in einem Rundschreiben dagegen gewandt und man darf wohl annehmen, daß entsprechende Weisungen an den Klerus ergangen sind. Die republikanisch zuverlässige Partei des Zentrums wird auch hier dieselbe Haltung einnehmen, wie in der Flaggenerfrage. Als vorstehende Hausväter schlagen sie die Brücke nach rechts, ohne die nach links abzubrechen. Man soll sie deshalb nicht scheitern, sie sind eher Zäufner, von denen man viel lernen kann und die es vor allem ausgezeichnet verstehen, ihre eigene Machtstellung zu stärken und zu festigen, nur soll man sie in jeder Rechnung für die deutsche Republik als Duobio vermehren. Verlaß ist niemals auf sie gewesen, und wer ihre Personalpolitik genauer betrachtet, wird sich eines leisen Schauderns nicht erwehren können.

Die Parteien der Mitte setzen zum Kompromiß. Wir haben Grund zu der Annahme, daß eine entsprechende Erklärung noch in diesen Tagen erfolgt und daß auch eine Niederlage des Volksentscheides den Fürsten nicht gewährt, was des deutschen Volkes ist. In der Flaggenerfrage sind wir weiter denn je von einer Verständigung entfernt. Man soll die Dinge ruhig lassen. Dafür hatten wir in diesen letzten trüben Tagen wenigstens eine kleine Freude. Die Mecklenburger Wahlen haben den Radikalismus rechts und links auf dem Schlachtfeld verblühen lassen. Kommunisten und Böhlfische erlitten eine vernichtende Niederlage, in die auch die sozialdemokratischen mitbezogen wurden. Leider sind die Demokraten nicht Sieger geworden. Eine genaue Nachprüfung des Wahlergebnisses zeigt, daß sich die Parteien der Mitte gegenseitig gerieben haben, und es wäre doch so leicht gewesen, die Stimmverteilung der anderen aufzufangen. Ein magerer Trost ist es, daß auch die fremden Staaten keine erfreulichen Ereignisse zu verzeichnen haben. In England dauert der Rohleinsturz weiter, und die schwachen Hoffnungslichter brennen immer noch trübe. Der Zerfall der Liberalen in zwei Flügel unter Lloyd George und Lord Orford, wie Asquith nach seiner Mobilisierung

heißt, wird die Gegensätze verschärfen. In Frankreich droht das Kabinett von neuem in eine Krise verwickelt zu werden. Die Gerüchte über den Rücktritt des Finanzministers Perets wollen nicht verfliegen. Der Franzosen stürzt und führt, und die geradezu sinnlichen Maßnahmen der Regierung werden ihm in diesem Bemühen nicht aufhalten. Nichts, gar nichts hat man in Paris von dem verzweifelten Kampf des deutschen Volkes gegen die Inflation gelernt. Man verliert es auf den gleichen Weg einzutreten sind. Eine Notgemeinschaft bildet sich bereits, Frankreich und Belgien haben Verhandlungen angeknüpft, um gemeinsam den Währungszerfall zu bekämpfen, und in Paris, wie Brüssel hofft man, daß sich Italien ihnen gesellen wird: Ich lei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte.

Nur so wird allmählich das Chaos Europas überwinden werden, daß sich die Staaten eher aneinander schließen. Die Amerikaner fordern schon jetzt eine Gemeinwirtschaft der einstigen Feinde, die allein Rettung bedeuten könnte. Deutsche Abgeordnete der großen Koalition, die bei Briand gewesen sind, kehren mit dem Eindruck zurück, daß Frankreich willig genug ist, eine engere Wirtschaftsverbundung mit uns zu knüpfen, umso notwendiger ist es, als auch die gegenwärtigen Erörterungen in Genf keinen übermäßig erfreulichen Eindruck hervorgerufen. Großbritannien und Spanien sitzen im Schmollwinkel, und wenn auch sie kaum die deutsche Aufnahme im Herbst verhindern werden, der Eindruck ist doch peinlich genug. Ganz gleich, wie sich dort die Dinge abwickeln, soll man Locarno politisch und wirtschaftlich ausbauen. Wenn je, gilt hier der Grundsatz von den zwei Eichen im Feuer.

Ein Väterdienst für Hindenburg.

Voebells Intrigue zugunsten der Fürsten.

Durch die Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten an den ehemaligen königlichen Staatsminister von Voebell ist die Frage der Abfindung der Fürstenhäuser — wenn dies überhaupt noch möglich war — weiter vermischt und so gut wie unlösbar gemacht worden. Das Reichskabinett Marx hatte mit anerkanntem Wert Zeitnahme einen starken Anlauf genommen, um nach fünf Minuten vor zwölf, d. h. in der kurzen Zeit bis zum Volksentscheid, das Kompromißgesetz über die Ausenartierung mit den ehemaligen Fürstentümern zur parlamentarischen Erledigung zu bringen. Der Reichstag hat die Vorlage bereits angenommen und der Reichstag wird sich in diesen Tagen damit befassen. Die parlamentarischen Aussichten des Gesetzes waren durch die anerkanntem Bemühungen des Ministers des Innern, Dr. Rühl, gebessert. Vor allem hatte man jetzt endlich den richtigen juristischen Standpunkt in der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes gefunden. Es hatte sich der Standpunkt durchgeleitet, daß durch die Staatsumwälzung von 1918 das gesamte Verhältnis der Fürstenhäuser zum Staat, insbesondere auch in vermögensrechtlicher Beziehung, auf eine neue Grundlage gestellt worden war, und daß deshalb die Notwendigkeit gegeben worden war, dieses Verhältnis zwischen Dynastie und Staat auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln. Diese Darlegung der Grundlage und des Zweckes des Abfindungsgesetzes sollte in einer Fädelung dem eigentlichen Geleitet vorausgeschickt werden. Mit dieser Rechtsaufklärung, die das Kabinett sich jetzt zu eigen gemacht hat, wird nicht nur der Standpunkt als richtig anerkannt, auf den sich die Demokratische Reichsstaatsrat von vornherein gestellt hat, sondern es wird auch eine Lösung gefunden, die juristisch vollkommen einwandfrei ist, da sie sich auf analoge Entscheidungen des Reichsgerichts stützen kann. Doch größer aber ist die praktische Bedeutung dieses Kabinettsbeschlusses, da es in diesem Reichstag jedenfalls unmöglich war, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ein verfassungswirksames Gesetz in der Frage der Fürstenabfindung durchzubringen.

Damit sind aber noch keineswegs alle parlamentarischen Klippen umschiffen. Die Regierungsparteien besitzen bekanntlich im Reichstag nicht die Mehrheit, sie sind deshalb, wenn sie die Kompromißvorlage zur Annahme bringen wollen, zum mindesten auf die Stimmhaltung der Sozialdemokraten angewiesen. Die Aussichten für ein

neutrale Haltung der größten Reichspartei sind aber durch die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes auf ein Mindestmaß verringert worden. Durch das Zusammenfallen des Herrn von Loebell sind alle Bemühungen der Demokratischen Reichspartei und des Reichsabinetts, eine erträgliche Regelung der Frage zu finden und es nicht auf das Lotteriespiel des Volkstschickes ankommen zu lassen, durchkreuzt und die angeknüpften Fäden mit brutaler Hand zerrissen worden. Das Reichsabinett wird natürlich auch weiterhin alles versuchen, um den von böswilligen Intriganten in den Cumpff gefahrenen Karren wieder flott zu machen, und es wird dabei ganz gewiß die vollste Unterstützung der Demokratischen Reichspartei finden, aber es besteht kaum eine Hoffnung, daß diese Anstrengungen von Erfolg gekrönt sein werden. Die Haltung der Sozialdemokratie, soweit sie in ihrer Presse zum Ausdruck kommt, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß man dort über den Brief des Reichspräsidenten aus höchste Verstimmt ist und innerlich Reue verspürt, sich auf irgendwelche Zugeständnisse einzulassen.

Dabei wird es nicht einmal möglich sein, der Sozialdemokratie alzu harte Vorwürfe wegen ihrer Intransigenz zu machen. Denn der Brief des Reichspräsidenten ist in der That der Ausdruck nicht geradezu glücklicher, sondern vielmehr schmerzlicher Erfahrungen. Mit keinem Wort wird darin der maßlosen und unbedingtesten Ansprüche gewisser Führerfamilien Erwähnung getan, mit keinem Wort ist darin die Rede von einer gerechten, die Vorfälle des gesamten deutschen Volkes berücksichtigenden Regelung dieser Angelegenheit. Umso schärfer dagegen sind die Vorwürfe, mit denen die gewiß über das Ziel hinausgeschossen, aber doch aus einer nicht unbedingtesten Empörung hervorgehenden Forderung auf völlige Entziehung der Führerhäuser vorgebracht werden. Wenn man auf die parlamentarische Unterstützung einer Partei angewiesen ist, so kann man ihr nicht gut Aufreizung der Intimität der Massen und Verstoß gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts normieren. Auf einer völligen Verkennung der Volkstimmung aber beruht es, wenn in dem Brief von „Ländern“ gegen die Führerhäuser die Rede ist. Dieser Teil des Briefes kommt offenbar, das zeigen die verwendeten Zitate recht deutlich, aus der Küche des Herrn von Loebell selbst, der sich nicht scheut hat, gewisse persönliche und an sich durchaus verständliche Empfindungen des Reichspräsidenten von Hindenburg für seine eigenen politischen Zwecke auszunutzen und den Reichspräsidenten in einer Weise in den Streit der politischen Meinungen zu ziehen, die weder der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten entspricht, noch dem Ansehen seiner Person dienlich ist.

Durch die Veröffentlichung des Briefes ist nicht nur eine wichtige politische Aktion der Reichsregierung durchkreuzt worden, sondern es ist auch darüber hinaus eine höchst unerwünschte Erörterung über die staatsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten eröffnet worden. Der Brief ist ohne Fühlungnahme mit der Reichsregierung geschrieben und veröffentlicht worden und in peinlicher Weise die Erinnerung an die „Daily Telegraph“-Affäre vom Jahre 1908 wach. Der damalige Reichkanzler von Bülow hat seinerzeit versprochen, daß der Kaiser sich in seinen öffentlichen Äußerungen Zurückhaltung auferlegen werde, und Prinz Max von Baden hat diesen Grundsatze dahin gelegentlich festgelegt, daß keine laienrechtliche Äußerung ohne Gegenzeichnung des Reichkanzlers erfolgen dürfe. Was dem Kaiser jetzt sein mußte, wird auch dem Reichspräsidenten billig sein.

Zu Hindenburgs Brief nimmt die Presse ausführlich Stellung. Wir verlagen es uns, den Brief deshalb abzuordnen. Einige Äußerungen der großen Presse seien zur Orientierung unserer Leser hier abgedruckt:

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt u. a.: Die einzige Stelle in dem Schreiben des Reichspräsidenten, die wirklich neu und eigenartig ist, ist die Behauptung auf sein „Reben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser“. Aber diese Erinnerung wird dem Volkstschick keinen Abbruch tun. Sie kann im Gegenteil dazu führen, daß der Kampf um Führerentziehung sich erweitert zum Kampfe um Führerentziehung und Führerentziehung. Wenn Hindenburgs Brief aus dem Volkstschick eine Zustimmung über Wiederkehr der Monarchie zu machen droht, dann wird er seinen Freunden keinen Dienst erweisen. Dann wird er Hunderttausende, vielleicht Millionen, die heute noch von rechtlichen oder politischen Bedenken geheimt sind, zur Entschiedenheit gegen jede Gefährdung des heutigen republikanischen Staates führen. Dann wird der Reichspräsident nicht bloß sich selbst, sondern auch den Führerfamilien, denen er einst gedient hat, mit dem jetzt verächtlichsten Schreiben einen schlechten Dienst erweisen haben.

Die ehrenwerten Personen, die mit der Beifügung des Reichspräsidenten in einen Gegenstand zu vielen Millionen deutscher Staatsbürger, zur Sozialdemokratie besonders, bringen und ihn allmählich für jene von dem strebenden schleichenden Herrn v. Loebell schon Anfang dieses Jahres empfindlichen Diktaturpläne reif machen wollen, haben bereits ihre Pflichten, die Entfremdung zwischen Hindenburg und den republikanischen Arbeitern, wenigstens teilweise erfüllt. Der „Vorwärts“ schreibt:

Herr v. Hindenburg erklärt sich mit der Veröffentlichung eines Briefes einverstanden, in dem die Sozialdemokratie beschuldigt wird, gegen Moral und Recht zu verstoßen, und in dem ihr vorgeworfen wird, daß sie die „Intimität der Massen aufreize“. Aber diese selbe Sozialdemokratie hat Herr v. Hindenburg vor noch nicht gar zu langer Zeit dringend aufgefordert, in die Reichsregierung einzutreten. Hat er damals ihren Charakter noch nicht gekannt, oder glaubt er, daß sie sich seitdem geändert habe? In seinem Brief von einer Entfremdung des Reichstages, die aus dem Volkstschick drohen soll. Das ist eine Phantasie. Aber sein Brief selbst erweist das Gegenteile des Verfaßten.

raates und erschüttert die Traditionen der Frömmigkeit, Ruhe und Objektivität in der Leitung der Reichsgeschäfte, die Friedrich Ebert seinem Nachfolger als Erbe hinterlassen hat. Damit wird der Reichspräsident als solcher in den Kampf und die Auseinandersetzung der Parteien hineingezogen.

Demokraten, beteiligt auch am Volkstschick!

Die Reichsparteien haben durch Aufnahme ihre Anhänger aufgefordert, der Abstimmung über die Freikörperübungen am 20. Juni fernzubleiben. Diese Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei, Wirtschaftspartei und Liberalen Vereinigung bedeutet eine Sabotage gegen den Volkstschick. Die Gegner der Freikörperübungen wollen keine freie, geheime Abstimmung, daher ihre Parole: Weist du Haus! Sie üben mit dieser Parole den schärfsten Terror. Jeder Wähler, der zur Abstimmung geht, soll als Anhänger der Entscheidung gekennzeichnet und möglichst als solcher benannt werden. Wir wenden uns also gegen die Schärfe gegen solche Unterbindung der freien Volkstschick. Aus Gründen der Siderung der Wahlgemeinschaft befehlt für jeden Demokraten Wahlpflicht. Niemand darf am 20. Juni zu Hause bleiben. Die Demokraten haben die Abstimmung freigegeben. Jeder einzelne kann sich für oder gegen den Volkstschick erklären. Für uns ist die Abstimmung ebenso wichtig als jede andere Wahl. Wir müssen daher auch für eine Beteiligung werden, besonders unter denen, die sich von den Reichsparteien einschüchtern lassen. Wir erwarten von allen demokratischen Wählern, daß sie am 20. Juni zur Abstimmung gehen.

Rudolf Dejer †

Berlin, 3. Juni. Dr. h. c. Rudolf Dejer ist heute nachmittags 5.10 Uhr nach langem schweren Leiden verstorben.

Dem Andenken eines schaffenden Demokraten.

Nach der kurzen hatte Rudolf Dejer als Generaldirektor der Reichsbahn in dem schönen Saal seines Dienstgebäudes eine größere Anzahl von Männern der Politik und der Wirtschaft und der Feder um sich versammelt. Rudolf Dejer war damals von schwerer Krankheit angefallen, aber kaum notwendig genesen, ging er wieder an sein Werk und er sprach in diesem Abend von den Hoffnungen und den Entwürfen, die sich für ihn an dieses Werk knüpfen. Nun hat er alles das, was an Plänen hinter seiner Augen Stein arbeitete, nicht mehr verwirklichen können, der Tod nahm ihn aus unserer Mitte. Mit ihm ist uns einer der besten Männer genommen, ein ganzer Mann und ein schaffender Demokrat.

Zu Beginn dieses Jahres hat die Personalpolitik der Reichsbahn dem Reichstag Gelegenheit zu Aussprachen gegeben, denen die Schärfe oft nicht fehlte. Daß mit dieser Personalpolitik Härten verbunden waren, das hat Dejer wohl gewußt, und manchmal hat er in vertraulichem Kreise zum Ausdruck gebracht, wie sehr ihn selbst diese Härten schmerzten. Aber diese Härten waren entstanden aus der Not der Zeit und sie waren verbunden mit jener Umwandlung, die die Deutsche Reichsbahn erleben mußte. Die deutschen Bahnen waren zu einem Faktor in der Reparationspolitik geworden, sie mußten zu einem großen Teil die Lasten aufbringen, die auf dem ganzen Volke lagen. Daß die Reichsbahn einen großen Teil der Lasten tragen mußte, war unabweisbar, vermeiden mußte aber auf jeden Fall eine Internationalisierung der deutschen Bahnen werden. Das war Dejers Ziel, als er sein Amt übernahm, an diesem Ziel hat er gearbeitet und dieses Ziel hat er erreicht. Als damals die Angriffe im Reichstag gegen die Reichsbahn erhoben wurden, sagte er in einer Unterredung mit dem Schreiber dieser Zeilen:

Die große Öffentlichkeit muß zunächst für die Lage der Reichsbahn Verständnis bekommen. Insbesondere liegt der Reichsbahn daran, zu einer Verständigung mit den Volkstschickern in den Parlamenten zu gelangen. Sie ist von dem Willen befehle, für die notwendige Unterstützung zu sorgen. (Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob die Reichsbahnverwaltung ihren Willens ist.) Und Dejer schloß dann diese Unterredung mit den Worten: „Ich bin der festen Überzeugung, daß sich die von beiden Seiten ausgestreckten Hände finden werden. Wir haben als Deutsche alle daselbe Ziel im Auge: was deutsch ist, muß deutsch bleiben. Das gilt auch in erster Linie von der Deutschen Reichsbahn!“

Rudolf Dejer ist seit jezt seines Lebens ein Mann gewesen, der nicht Phantomen nachjagte, sondern der realpolitisch dachte und handelte. Als Rudolf Dejer in der „Frankfurter Zeitung“ als Journalist tätig war, da hat ihn sein großer journalistischer Bekanntheit Genossen vor allem immer darauf aufmerksam gemacht, daß die Gedanken leicht beieinander wohnen, daß sich aber hart im Rahmen die Sachen stoßen. Bei Dejers Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Fragen war die sachliche Mäßigkeit von selbst gegeben und Stolzlosigkeit geworden. Die Sachkenntnis verbunden mit dem realpolitischen Sinn verhalf Dejer dann auch bald Achtung und Beachtung, als er im Jahre 1902 in den Landtag und im Jahre 1907 in den Reichstag gewählt worden war. Nach der Staatsumwälzung kam dann für ihn die große Zeit der Arbeit. Im Jahre 1919 wurde er in Preußen Minister der öffentlichen Arbeiten und seine Hauptaufgabe war hier die Reorganisation der durch den Krieg tarnten und untergeordnet heruntergedrückten Eisenbahnen. Unter seiner entscheidenden Mitwirkung gelang das Werk der Verwirklichung der Länderbahnen und der Wästelbahnen. In seinem preußischen Amte wirkte er als

taftkräftiger Förderer des Reichsgedankens. Als die preußischen Arbeiten erledigt waren, wurde er den Posten des Landesbahndirektors der Provinz Sachsen beauftragt. Schnell arbeitete er sich in das neue Amt ein, schuf sich Vertrauen, und man ließ ihn in Sachsen unangefochten gehen, als er im Jahre 1922 zum Reichsminister des Innern berufen wurde. Am 13. August 1923 vertauschte er dieses Amt mit dem des Reichsverkehrsministers. Das war zu einer Zeit, als die Deutsche Reichsbahn infolge des Ausbreitens ihrer schweren Belastungsprobe ausgelegt war. Dann kam die Gründung der Reichsbahn-Gesellschaft und mit dieser Gründung die Verpflichtung, daß die Reichsbahn die Verzinsung und Tilgung einer Reparationsschuld von 65 Milliarden Goldmark übernehmen mußte. Es gehörte viel Mut zu, damals das Amt eines Generaldirektors zu übernehmen. Dejer hatte den Mut, weil er von vaterländischer Pflichtbewußtheit erfüllt war, und so ging er seine neue Aufgabe heran in der Willenskraft, die ihm stets ausgezeichnet hat. Die schweren körperlichen Anstrengungen, die er damals auf sich nehmen mußte, haben zweifellos auch seinen schnellen Tod mit herbeigeführt.

Mit Rudolf Dejer verliert das deutsche Volk einen Mann, der ein Mann des positiven Schaffens war. Dejer, denen er immer nahe stand, wollen auch nicht vergessen, daß er stets ein Mann mit echter demokratischer Gesinnung gewesen ist. Er war ein Mann seiner Partei, aber er war mehr als ein Parteimann. Das heißt die deutsche Republik hat in ihm einen einheitsliebenden, schaffenden Demokraten zu schaffenden. Das war gewiß immer sein politisches Bestreben, und an uns ist es, heute Dejer die Augen für immer geschlossen hat, dem Testament zu vollziehen und in seinem Sinne für die schaffende deutsche Demokratie zu wirken.

Bei der Trauerfeier für den Verstorbenen sprach in Auftrag der Deutschen Demokratischen Partei Reichstagsabgeordneter Anton Grelenz. Den Beizerspruch Landtagsabgeordneter Bohner.

Reichsbahn und Reichsbanner.

Die Leitung des Reichsbanners und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat an Frau Dejer das folgende Schreiben gerichtet:

„Zu dem Hinführen Ihres von uns hochverehrten Gatten sprechen wir unser tiefgefühltes Beileid aus. Zu unserm Bedauern ist es uns nicht möglich worden, wie wir landshütlich hatten, an dem Trauerfeste teilzunehmen. Es ist uns sehr zu bedauern, daß die Reichsbanner als eines aufstrebenden Republikanismus, entschlossenen Demokraten und eines Mannes, der auf die deutsche Republik mit aufbauen half, wird bei dem jenseitigen Mitgliedern stets fortleben.“

Die Haltung der Reichsbanner gegenüber dem Reichsbanner ist um so eigentümlicher, als der verstorbenen Generaldirektor Dejer das Reichsbanner mehrfach persönlich unterstützt und dadurch seine Sympathie für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum Ausdruck gebracht hat.

Aus Parlamenten und Parteien

Das Handwerk und die Hauszinssteuer.

Die Geschäftsführung des Reichsbundes des Deutschen Handwerks hat in Fühlungnahme mit dem Reichstagsabgeordneten Kraft ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Wir können Ihre Bemerkungen, in der Hinsicht, die die Hauszinssteuer mit sich bringt, mit Genugtuung begrüßen, und sehen mit besonderer Freude entgegen, daß Sie an dem Zukunftsdenken der deutschen Geschäftswelt, die auch dem Handwerk zugute kommen, namhaft beteiligt gewesen sind. Diese sozialistischen Forderungen sind ja auch im neuen Hauszinssteuergesetz vorgezogen und unseres Erachtens geeignet, manche Härten zu mildern. Für das Handwerk sind besonders die Bestimmungen von Bedeutung, die Steuerertrag der Steuerüberhebung bei eigenen Wohnungen und bei vermögenswerten Gebäuden ermöglichen. Es dürfte in der Augenblick die Hauptfrage sein, in dieser Richtung weiter zu bemühen, denn wir teilen durchaus Ihre Ansicht, daß Staat und Gemeinden nicht ohne weiteres auf die Entlastung aus der Hauszinssteuer verzichten können. Diese Verweigerung der führenden Handwerksorganisationen rechtfertigt das Verhalten der Demokratischen Partei in Preußen. Wenn man in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei die sich so gern als Förderer des Handwerks ausposaunen, das Hauszinssteuergesetz zu Fall gebracht haben, so geben sich die notwendigen Schlussfolgerungen von selbst.“

Der Werkstättenabbau der Reichsbahn im Osten. Eine kleine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Bodel (Charlottenburg) hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe folgende Antwort erteilt: Die Staatsregierung hat sich sofort nach Bekanntwerden der weiteren erheblichen Arbeiterentlassungen in den erwähnten Orten mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Reichsregierung in Verbindung gesetzt und auf außerordentlich schädlichen Folgen hingewiesen, die eine solche Maßnahme nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht auf die dortige Bevölkerung ausüben muß. Es ist aber nicht gelungen, die Maßnahmen ganz zu verhindern, weil die Reichsbahn wegen ihrer äußerst unglücklichen finanziellen Lage und des außerordentlichen Verkehrsrückganges nunmehr auch einen beträchtlichen Personal- und Werkstättenabbau im Osten ausführen müssen. Um diesen die noch ihren Mitteilungen über die schädlichen und auf Grund von Berührungen mit megebenden politischen Verantwortlichkeiten des Ostens geschah. Es konnte nur erreicht werden, daß die Entlassung

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

**Das
führende Spezialhaus
für Webereiwaren!**



**Die
Qualitäts-
Marke!**

Unsere Preise sind billig!

Siegfried Cohn
Webereiwaren • Breitweg 76o

Parkrestaurant Vogelgesang
berühmt durch seinen uralten Baum-
bestand und durch seine wundervollen
Rosen- und Dahlien-Anlagen, die be-
deutendsten der Provinz.

Sonntags:
Gesellschafts-Ball.

Steinerner Tisch
Breiter Weg 94
Täglich Konzert
Mittags- u. Abendtisch
im Abonn. 85 Pfg., Gedeck 1,-

Wir fertigen
**Druck-
sachen**
für jeden Bedarf
schnellstens an
**Allgemeine Zeitung
Delitzsch.**
Fernruf 466.

Inserieren
bringt
Erfolg!

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag von 4 Uhr ab

Kaffee-Konzert

mit
Kleinkunst-Bühne.

Eintritt frei. Eintritt frei.

Dandhaus Diesdorf

Carl Hernecke
Telephon 3746 — Schattiger Garten
Jeden Sonntag: Gesellschaftsball!



Größte Konsumenten-Organisation Mitteldeutschlands
35000 Mitglieder — Gegründet 1864. — Beschäftigt 520 Personen.

Wir liefern an unsere Mitglieder

einwandfreie Nahrungsmittel

und machen besonders auf unsere selbsthergestellten
Waren aufmerksam.

Eigene Schlächterei
Neuzeitlich eingerichtet. Feinlichste Sauberkeit,
erstklassige maschinelle Einrichtungen, daher
appetitliche äußerst schmackhafte Ware.

Bäckerei und Konditorei
Größter Betrieb dieser Art in Magdeburg,
hygienisch einwandfrei.

Kaffeerösterei
Herstellung alkoholfreier Getränke.

46 Material- u. Kolonialwaren-Verkaufsstellen
in Magdeburg u. Umgegend einschl. Schönebeck
8 Schlächterläden
2 Manufakturwarengeschäfte.

Allen Verbrauchern sei die Mitgliedschaft
dringend empfohlen.
Beitrittserklärungen werden in allen Lagern
entgegengenommen.

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgegend e. G. m. b. H.

**Kennen Sie schon
den Garant-Strumpf**

Mah-Jong

*Allein-
verkauf
für
Magdeburg*

**Noch heute sollten Sie einen
Probekauf machen. Paar 300**

BARASCH.

Besondere Tage!

Rennen zu Magdeburg!

Sonnabend, den 19. Juni 1926, 3 Uhr: Großer Herrenreiter-Tag!
Sonntag, den 20. Juni 1926, 3 Uhr: Jagd- und Flachrennen!

Wett-Annahme: Magdeburg, Breitweg 41II, Fernr. 9636
Volle Auszahlung! Einrichtung von Konten!

Nächster Renntag: Sonntag, den 25. Juli 1926.

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Haben Sie
sich schon dem
Konsumverein Magdeburg
angeschlossen?

Meyer Michaelis
Gegr. 1864 Magdeburg Gegr. 1864
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für Sehl-, Oberleder u. fämtliche
Schuhmacher-Debarfsartikel

**Jalousien, Rolläden,
Fußbodenholzmatten**
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

Altstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
Inhaber Ferd. Preuße

Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Bücher
Gut, billig, prompt
Buchhandlung Volksstimme

Jüngere
Stenotypistin
perfekt und zuverlässig, zum 1. Juli
9 e. u. d. l.
Bemerkung unter P. 24 an die Ex-
pedition d. Blattes.

Fernruf 7100
In Trauerfällen
Carl Ebeling
Hauptwache 8/9 am Alten Markt
Schrotestr. 26, Wilhelmstadt
Särge Eigene Fabrikate
Solide Preise
Ueberführungen
m. eig. Leichenautos
Leichenwäscherin jeder Zeit.

Herrmann Peters
gegr. 1872 Magdeburg gegr. 1872
Inhaber:
Gustav und Albert Peters
Dachdeckermeister
Baumeisterstr. 4, Fernspr. 5670
Ausführung
aller Art Bedachung.

Denken Sie daran
Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Zahlenkunststücke des Landbundes.

Von Ernst Meinde,
Mitglied des preussischen Landtags.

Bei der Beratung des Domänenrats im Preussischen Landtag machte der Vorsitzende des Landbundes, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Verlagsbuchhändler Hilber Spiegelberg den bemerkenswerten Zwischenruf: „Darüber denken drei Millionen der deutschen Bauern im Landbund anders!“ Gleich wurde ihm aus den Reihen der Demokraten unter der Heiterkeit der Linken zugurufen, daß es sozial Bauern in Deutschland überhaupt nicht gibt. Diese Feststellung konnte jedoch den demagogischen Abgeordneten Milberg, der bei der Beratung des landwirtschaftlichen Entwurfs als Führer seiner Fraktion auftrat, nicht abhalten, die Behauptung des Herrn Spiegelberg nachher noch einmal zu unterstreichen.

Wie liegen nun die Verhältnisse tatsächlich? Es gibt in dem durch den Versailles Frieden verkleinerten Deutschland nach der Betriebsstatistik von 1907 rund fünf Millionen landwirtschaftliche Betriebe. Davon gehören zu den großen Gütern von mehr als 400 Morgen nur rund 19 000 Betriebe. Mittelbäuerliche und großbäuerliche Betriebe von 20 bis 400 Morgen gibt es etwa 930 000 und kleinbäuerliche von 8 bis 20 Morgen ebenfalls etwa 900 000, also zusammen hochgerechnet 1 800 000 bäuerliche Betriebe. Der Rest von mehr als 3 Millionen Betrieben verteilt sich auf die 1,8 Millionen allerersten Gartenbetriebe bis 2 Morgen und 1,2 Millionen Betriebe von 2 bis 8 Morgen, die natürlich überwiegend nur im Nebenberuf beschäftigt werden.

Trotzdem die Zahlenverhältnisse jedem klar vor Augen stehen müssen, der über die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft sprechen oder sogar Entschlüsse treffen will, so haben dennoch Landbund und deutsche, früher christliche Bauernvereine nach dem Kriege Mitgliedszahlen angegeben, die zusammen allein schon 3,2 Millionen betragen. Wie die beiden Verbände machen sich alle Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe, ob groß oder ganz klein als Mitglieder an, obwohl es außer den beiden genannten Organisationen noch recht viele andere gibt. Zahlreiche bäuerliche Vereine in Süddeutschland und ganz besonders der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe (Berlin) wollen nichts mit den beiden genannten Verbänden zu tun haben.

Es ist erstaunlich, daß der Vorsitzende des Landbundes Hilber Spiegelberg und sein Bundesgenosse Milberg noch heute und zwar in der Öffentlichkeit des Preussischen Landtags solche — wenig treubäuerliche — Zahlenkunststücke zu verlesen wagen. Es ist dies umso auffälliger, als die im Landbund betriebene Politik den Bedürfnissen und Hoffnungen der bäuerlichen und Kleinlandwirte, deren Mitgliedschaft sie für sich in Anspruch nehmen, keineswegs entspricht.

Sind die führenden Herren vom Landbund wirklich so schlecht über die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft unterrichtet oder glauben sie nach all den unlieblichen Vorgängen in den Landbundgenossenschaften jetzt noch die öffentliche Meinung blüffen zu können? Jedemfalls wird es in unserer wirtschaftlichen Notlage nun aber höchste Zeit, daß die in den Parlamenten, die Verbänden und die Öffentlichkeit von den Landbundsmitgliedern und Landbundsagenden freimachen und die deutsche Landwirtschaft richtig einschätzen lernen. Dann wird es auch gelingen, die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe von weniger als 300 Morgen, die aber zusammen 75 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands bewirtschaften, und die sich bisher oft recht feiermützig haben behandeln lassen, zur höchsten Leistung zu befähigen — im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Gesetzführender Ausschuss). Sitzung am Montag den 14. Juni abends 7 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammklub). Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6, Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Dr. Böhner über Schulfragen.

Im Rahmen eines Informationsabends der Deutschdemokratischen Partei Badstr. 15 Postamt 2 hielt Landtagsabgeordneter Oberstudienrat Dr. Böhner am Montag über schwedische Schulfragen. U. a. führte er ganz **Schuldig** aus, bei der jetzt erfolgten Regelung laufe der Staat Gefahr, zuzugewinnen, durch die Personalstellen der gesamten höheren Schulen gemindert zu werden. Ob diese die kommunaler Pflege viel wert seien, schon so weit seien, daß sie mehr nur erhalten werden müßten, weniger weiter entwickelt, sei fraglich. Der Grundlag die gesamten Ausbildungsstellen dem Vater aufzuliegen, verfolge den Wert der Auszubildenden für die Allgemeinheit und führe zuletzt zu einer Privatschule. Zur **Schulreform**, er würde es befehlen, wenn die Studenten der neuen Akademie nicht frisch von der Schule getommene Abiturienten seien, sondern, wie man mußte, solche,

die es schon in anderen Berufen versucht hätten. Die Junglerher müssen für die Weiterbildung der jugendlichen Erwerbslosen herangezogen. Zur Konfessionsalisierung der Schule: in längeren Ausführungen behandelte Redner die Grundlegung der katholischen Theorie durch Leo XIII. und ihre philosophischen Grundlagen über Thomas von Aquino zurück bis Aristoteles. Leo XIII. habe aber in dem Schreiben an die amerikanischen Erzbischöfe von 1892 über das Vorgehen des Erzbischofs Ireland von St. Paul die von den Demokraten geforderte gemeinsame Schule aller Bekenntnisse mit besonderem Religionsunterricht für jedes einzelne Bekenntnis ausdrücklich als Bekenntnisschule (Confessionales), die **geduldet** werden könnten, bezeichnet, die rein katholischen nenne er dort Eigenschulen (propriae). Ob man diesen Brief



Der Stolz ins Wespennest.

Die Putschisten: „Schluß mit der Unterleuchung! Sehen Sie denn nicht, was für ein gutes Gewissen wir haben?“

Leos XIII. im Reichsministerium des Innern nicht kenne? Anschließend an den Vortrag berichtete Herr Oberregierungsrat Dr. Barantarr über die Elternbetriebswahlen.

Die von der **Ortsgruppe Magdeburg** der D. D. P. am vergangenen Sonntag veranstaltete politische Aussprache war sehr gut besucht. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Böhner, Leiter der Versammlung, gedachte des verstorbenen Reichsministers A. D. Rudolf Defer. In tiefempfundnen Worten schilderte Redner das Wirken dieses aufrichtigen und schaffenden Demokraten. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Herr Reichstagsabgeordneter Staatspräsident A. D. Hummel sprach in einer glänzenden, mit gutem Humor gewürzten Rede die neuesten politischen Tagesfragen. Er behauptete, daß das deutsche Volk, so wenig Verständnis für die großen politischen Fragen besitzt, sich **alzu** sehr mit untergeordneten Fragen beschäftigt. Die politischen Verhältnisse seien ungeläuter denn je und niemand könne voraussehen, welche Entwicklung sie nehmen. Schuld an dieser Entwicklung habe ein gutes Teil unser Wahlrecht. Es ist anzurechnen, daß das Stimmverhältnis der Parteien auch bei künftigen Wahlen sich wenig ändern wird, jedoch, um überhaupt regieren zu können, weiter nichts übrig bleibt, als Koalitionen zu schaffen, auf die sich die Regierung stützen kann. Wahrscheinlich sei, daß bei einem anderen Wahlrecht die Persönlichkeiten des Abgeordneten wieder mehr zur Geltung und nichtlich auf diesem Wege eine starke Regierungsbereitschaft zustande käme. Die Wahlopolitik träte augenblicklich nicht so stark in den Vordergrund. Die Position Deutschlands in der Welt könnte allerdings sehr gefährdet werden, wenn es uns gelänge, unsere Lage im Innern jurisdiktionsstiftender zu ordnen. Hier liegen eine Anzahl ungelöster Probleme, die die Gemüter sehr stark bewegen. Redner wies auf die Flaggengfrage, Fürstenabfindung und andere wichtige Probleme hin. Für die Demokratie ist die Flaggengfrage durch Weimar gelöst. Man müßte sich mit dieser Lösung abfinden. Jedes Kompromiß sei von Uebel. In der Fürstenabfindung wies Redner auf die Regierungsvorlage und auf das demokratische Bemühen hin, eine gefällige Regelung zu schaffen, die leider im Reichstag keine Mehrheit fand. Annahmen sei, daß die Regierung noch vor dem 20. Juni eine Regelung zu finden

versuche. Um die Wirtschaft in Stand zu setzen, müssen alle Mittel angewendet werden. Die Wirtschaftslage sei auch heute noch sehr bedenklich. Eine ganze Anzahl Industrien haben immer noch unter den großen Vorkäufen zu leiden, diese liegen sogar noch vollständig darnieder. Die Folge dieser ungelunden Zustände werden sich naturgemäß auf dem Arbeitsmarkt sehr stark aus und es drängt an uns die Frage, ob wir überhaupt in den nächsten Jahren in der Lage sind, die starke Arbeitslosigkeit zu meistern bezw. zu beseitigen. Alle die Probleme, die man hier in die Debatte geworfen hat, haben praktische Abhilfe nicht gebracht. Obwohl man in Amerika heute schon der Ansicht ist, daß nur Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen wird, müßte doch gezeigt werden, daß es demnach äußerst fraglich ist, das große Heer der Arbeitslosen kostenlos unterzubringen. Notwendig sei, daß man den inneren Konsum hebe, das helfe schon etwas. Ferner sei notwendig, daß wir eine großzügige innere Kolonisation betreiben. Es muß, soweit Mittel vorhanden sind, mit praktischer Siedlung begonnen werden. Damit kann die Abwanderung vom Lande etwas unterbunden werden. Einige hunderttausend deutsche Bauern in einer kurzen Spanne Zeit anzusiedeln, sei undenkbar, weil dem Staat hierzu einfach die Mittel fehlen. Mit der Festlegung der Güter sei allgemein nichts getan, es müßten auch Gebäude errichten, Geräte und Vieh angeschafft werden. Soweit der Staat die Mittel hat, muß er an diese Kulturanstöße herantreten, um die Landbevölkerung lebhaft zu machen. Die Industrie könnte in allererster Linie die städtische Bevölkerung aufnehmen und erst dann, wenn sie weiteren Bedarf hat, auf die Landbevölkerung zurückgreifen. Redner erwiderte, recht lebhaft an der politischen Aufklärung mitzuarbeiten. Es sei nötig, für Aufklärung zu sorgen, damit mehr Klarheit bei den verschiedensten aktuellen Tagesfragen geschaffen wird. Es sei Aufgabe eines jeden Demokraten, praktisch mitzuarbeiten. Keiner dürfe behaupten, jeder einzelne habe als Staatsbürger die Pflicht, aktiv in die Politik einzugreifen. Allerdings müßten wir uns frei machen von den persönlichen Interessen in der Politik. Wenn nur die persönlichen Interessen ausschlaggebend sein sollten, wäre es um die Nation und um den Staat sehr schlecht bestellt. Der Weg müßte frei gemacht werden für eine starke, den Staat beherrschende Demokratie, in der freudig alle liberal-sozial denkende Elemente mitarbeiten. Der Vortrag fand sehr gute Aufnahme und starken Beifall.

Weitere Spaltung der Rechtsfraktion.

Die Rechtsfraktion im Magdeburger Stadtparlament, eine Koalition von Volksparteikern und Deutschnationalen, hat sich gespalten. Bekanntlich haben sich nach den Stadtverordnetenwahlen die Wölflingen dieser Rechtsfraktion angeschlossen, sind aber später wieder aus ihr ausgeschieden. Dieser erste Spaltakt hatte keine Nachwirkungen. Für jeden Kenner der Verhältnisse in der Rechtsfraktion war es nicht unbekannt, daß dieses Konglomerat auf die Dauer nicht bestehen kann. Die Gegenwärtigkeiten innerhalb der Fraktion waren äußerst stark, jedoch der frühere Fraktionsführer Dr. Zeschke sehr häufig seine Liebe zur Sache, die entflammenden Risse zu verkleinern. Es ist nicht jedermanns Sache, eine Fraktion zusammenzuhalten, in der sehr viele zerlegende Elemente mitarbeiten. War Herr Zeschke das Glück nach dieser Wählung hin etwas hoch, so hat Herr Zeschke am 1. Juni umsonst versucht, nach dem Zusammenfallen der letzten Monats war es vorauszuweisen, daß über kurz oder lang eine Reihe von Stadtverordneten sich von der Rechtsfraktion trennen werden, weil ihnen ein Zusammenarbeiten mit der extremen Richtung innerhalb der Rechtsfraktion unmöglich ist. Wir sehen davon ab, heute auf einige Punkte näher einzugehen, möchten nur darauf hinweisen, daß die Rechtsfraktion die Ansicht hatte, gegen den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzer, Herrn Leue, vorzugehen wegen angeblichem Verfallens in der Wahl des neuen Stadtrates. Bekannt war, daß bei dieser Wahl Herr Leue, Herr Faber und Frau Egold gegen den Kandidaten der Rechtsfraktion waren. Herr Leue und Herr Faber sind deshalb der letzten Stadtverordnetenversammlung ferngeblieben; Frau Egold hat sich an der Wahlung nicht beteiligt. Die von dem Kartell der Christlichen Gewerkschaften vorgeschlagenen Stadtverordneten Leue und Faber sowie Frau Egold und Stadtrat Kull werden, wie uns zuverlässig gemeldet wird, aus der Rechtsfraktion ausgeschieden. Man spricht noch von einem weiteren Mitglied, das sich diesem Vorgehen anschließen wird. Für den Fall, daß die Rechtsfraktion die völligen Stadtverordneten wieder in ihrer Fraktion aufnimmt, sollen weitere Austritte folgen. Diese Gefahr besteht, denn die Rechtsfraktion steht in erster Verhandlung mit den Wölflingen; es haben schon gemeinsame Beratungen stattgefunden. Wie uns von einem Mitglied der Christlichen Gewerkschaften bestätigt wird, findet die Haltung der Herren Leue und Genssen volle Billigung und wir können hinzufügen, daß auch Persönlichkeiten anderer Gewerkschaftsrichtungen volles Verständnis für die Haltung des Stadtverordneten Leue haben.

Demokratische Jugend. Am Dienstag, den 15. Juni, abends 9 Uhr spricht unser Führer, der Reichstagsabge-

Demokraten! Geht am 20. Juni zur Abstimmung!

ordnete Ernst Demmer am dem Alten Markt in einer Kundgebung für die Fürstentragung. Jugendmitglieder, Parteifreunde erscheinen zahlreich.

Demokratische Jugend, Magdeburg. Sonntag, den 13. Juni, 7½ Uhr: Treffen am Feuerwehrtreppe. Wanderung nach dem Felsenberg. — Freitag, den 18. Juni, 8 Uhr: Winterabend. — Sonnabend, den 19. Juni, 6 Uhr: Fahrt nach Köhla. — Sonntag, den 20. Juni: Teilnahme an der dortigen Tagung. **Kundgebung für die Fürstentragung.** Als Redner ist Otto Stündt vorgesehene. Besorgt Euch rechtzeitig Wahlzettel! — Freitag, den 25. Juni, 8 Uhr: Rathenau Gedächtnisabend. Redner: Herr Konrektor Hennig.

Mitgliederverein Magdeburg-Südenviertel. Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr „Audenburger Bierhalle“, Haberstraße 52, Vortragsabend. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Bohner spricht über „Die Kinder und die Wohnungsnot.“

Kennen zu Magdeburg. Am Sonnabend, den 19. Juni, nachm. 3 Uhr, findet in Magdeburg eine große Vertretertag statt, und für Sonntag, den 20. Juni, nachm. 3 Uhr sind große Jagd- und Fischzennen vorgelesen.

Otto Stündt aus Nürnberg, Redakteur des „Echo der jungen Demokratie“, Führer der Jungdemokraten in Süddeutschland, kommt am 19. Juni nach Köhla a. Elbe, um auf der Anstößigen Tagung der Jungdemokraten (19. bis 20. Juni) zu sprechen. Seine begeisterte und hinreißende Art zu reden, veranlaßt die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Jugend* aus ganz Mitteldeutschland nach Köhla zu kommen. Aber auch an die ihnen nahestehenden Freunde der Bewegung richten die Jungdemokraten die Bitte: Kommt am 19. und 20. nach Köhla! Otto Stündt ist ein Redner, der einen für eine weite Reise im höchsten Maße entschädigt! Die Veranstaltung findet am 19. um 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“ statt. Für Nachtquartiere wird gesorgt! Wer sich am Volkstentzug beteiligen will, versetze sich, sich einen Wahlzettel zu besorgen! — Anmeldungen und Anfragen sind an Heinz Brück, Köhla, Mühlentstraße 49, zu richten.

Gr.-Sache. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr im „Alten Deutscher“ öffentliche Versammlung der Arbeitsgemeinschaft republikanischer Verbände. Das Referat hat Landtagsabgeordneter Dr. Bohner übernommen.

Bezirk Halle.

Zur Beachtung!

An alle Mitglieder und Anhänger der D. D. P. im 11. Reichswahlkreis!

In Nummer 23 des „R. W.“ wurde die vom Gesamtvorstand des Vereins Halle und vom geschäftsführenden Vorstand des Bezirksverbandes zum Volkstentzug gestiftete Entschuldigungsverordnung veröffentlicht. Wir wiederholen nachstehend den Wortlaut und bitten die Vorstände der Kreisvereine und Ortsgruppen dringend, diese Entschuldigungsverordnung allen Mitgliedern und Anhängern unserer Partei in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Die Entschuldigungsverordnung lautet:

Nachdem das von der Deutschen Demokratischen Partei angebotene Kompromiß mit dem Ziel einer annehmbaren Abfindung der Fürsten leider durch das Verhalten der Reichsparteien nicht zustande gekommen ist, muß es den Mitgliedern und Anhängern der Deutschen Demokratischen Partei überlassen bleiben, ob sie beim Volkstentzug mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen wollen.

Selbstverständlich empfiehlt sich vollständige Beteiligung an der Abfindung.

Zur Erläuterung folgendes: Die vollständige Beteiligung ist infolge des von den Reichsparteien und den Verbänden der Fürstentragenden an ihre Anhänger ausgehenden Besitztums der Stimmhaltung notwendig geworden. Denn dieser Besitztum stellt einen beispiellosen Terrorakt dar, durch den jeder Staatsbürger, der zur Abfindung geht, von vornherein als Anhänger der Entgegung denunziert werden und somit die freie Ausübung des Stimmrechts unterbunden werden soll. Man mag zur Frage der Fürstentragung innerlich stehen wie man will. Die abschließliche Verbindung der Stimmabgabe bedeutet nichts anderes, als eine Fälschung der Volkstimmung. Dem muß unter allen Umständen entgegengetreten werden. Abstimmen soll jeder nach seiner Überzeugung mit Ja oder Nein. Aber die Beteiligung an der Abfindung ist eine Ehrenpflicht, der sich kein kein staatsbürgerliches Recht widerstehen darf.

In der Frage der Fürstentragung selbst hat die Deutsche Demokratische Partei in Verhandlungen mit der Regierung Luther und mit den Reichsparteien alles versucht, um diese Auseinandersetzungsfrage in annehmbarer Form auf gesetzlichem Wege vor dem Volkstentzug zu regeln. Alle diese Versuche waren vergeblich. Auch der letzte Versuch, die Fragestellung beim Volkstentzug dadurch zu verbessern, daß durch einen Zusatz zu dem gebotenen Gesetz die Länder zu einer angemessenen Entschädigung der Fürstentragenden verpflichtet werden sollten, scheiterte an dem offenen Widerstand der Deutschnationalen und an dem der Deutschen Volkspartei. Diese hoffen, der Volkstentzug werde misslingen und dann der Weg zu einer reiflichen Erfüllung der Fürstentragenden frei sein. In einer Zeit aber, in der Kriegesbedrohungen, Auslandsdeutsche, Vertriebene, Spätkriegsangehörige, Invaliden, kriegsbeschädigte, Abgeteilte, Arbeitslose, Witwen, Waisen von ausländischen Wertpapieren und die große Zahl aller der aus dem Krieg und Kriegsfolgen Geschädigten durch Kriegsmassnahmen und Eingriffe des Staates fast alles

verloren haben, in einer solchen Zeit den Fürsten die großen Vermögen zu lassen, die sie nur als Herrscher annehmen konnten, und die sie nur als Herrscher zu repräsentativen Zwecken brauchen, muß die Deutsche Demokratische Partei als ein himelführendes Unrecht gegen das verarmte Volk angesehen.

Dazu kommt, daß es schließlich auch dem gleichgültigsten Menschen die Galle ins Blut treiben muß, wenn zu der Rücksichtslosigkeit der Fürsten beiläufig auch noch die unverfälschte Art der Verjüngung Zutta von Mecklenburg hinzukommt, die den Verjüngter Elandvertrag dazu benutzte, um 15 Millionen Goldmark aus dem deutschen Volk herauszupressen. Halten die Reichsparteien und die sogenannten Vaterländischen Verbände dieses Vorgehen einer deutschen Fürstentochter für so national und für so empfehlenswert, daß sie es durch den Beschluß, ihre Anhänger sollen der Abstimmung fern bleiben, unterstützen wollen? Genau so steht es mit dem Verhalten des früheren Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, dem Protetor

D. D. P. Halle.

Sonnabend, den 19. Juni (am Vorabend der Abstimmung über den Volkstentzug) spricht in Halle im oberen Thalia-Saal unser Abgeordneter Herr

Staatsminister Dr. Schreiber

über **aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen.**

Die Versammlung findet als geschlossenem Mitglieder-Versammlung statt. Eintritt nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte. Anhänger der Partei, die Mitglieder werden wollen, finden am Saaleingang Gelegenheit zur Aufnahme.

Herr Minister Dr. Schreiber ist auch zur Beantwortung besonders an ihn gerichteter Anfragen bereit.

Beginn der Versammlung abends 8 Uhr.

Ghrhardts, der ebenfalls den Verjüngter Vertrag anwendet, um seinen „lieben Untertanen“ das Fell über die Ohren zu ziehen.

Eine berechtigte Entrüstung über ein derartiges Vorgehen der früheren Fürsten hat auch in politisch rechts gerichteten Kreisen Wurzeln geschlagen. Das steht unangefochten fest. Das wissen auch die führenden Drahtzieher. Deshalb verschoben sie bei ihrer Agitation gegen den Volkstentzug die Kampffront und sprechen nicht mehr von den Fürsten und ihrem angeblichen Recht, sondern von der Gefahr einer allgemeinen Enteignung des Privatvermögens, für die der Volkstentzug über die Fürstentragenden die Vorbereitung darstellt. Niemand kann die Sicherung des Privatvermögens ernstlicher nehmen als die Deutschen Demokratischen Partei. Aber diese Verzicht der Reichsparteien, anglistische Gemüter vor den angeblichen Folgen des Volkstentzugs über sie zu täuschen, muß als große Täuschungsmanöver betrachtet werden. Zur Durchführung eines Gesetzes, das eine allgemeine Enteignung von Privatvermögen zur Folge hätte, besteht in Deutschland auch nicht die geringste Möglichkeit. Und wenn ein solcher Antrag jemals aufstehen sollte, dann brauchen ja nur die Anhänger der Reichsparteien zusammen mit denen der Deutschen Demokratischen Partei zur Abstimmung gehen, um ihn zu Fall zu bringen. Uebrigens drücken gerade die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei mit der Warnung vor einer etwaigen Enteignung der Privatvermögen ihrer politischen Anehrlichkeit das Siegel auf, weil sie es ja waren, die kürzlich im Reichstag dem wüßigen Antrage auf Enteignung der Vermögen der Bank- und Börsenfürsten ihre Zustimmung gaben.

Voraus es am 20. Juni ankommt, ist zunächst die Pflicht, die Geheimhaltung der Abstimmung zu sichern. Deshalb müssen auch etwaige Gegner des Volkstentzugs sich an der Abstimmung beteiligen. Sie wahren damit ihr staatsbürgerliches Recht gegenüber dem von Reichsparteien und Reichsverbänden angedrohten Sabotagevergehen. Und bei der Stimmabgabe muß sich jeder klar darüber sein, daß, wenn die Fürsten ihre Forderungen auf ein vernünftiges Maß und der Armut des Volkes gerecht werdendes Maß beschränkt hätten, der Volkstentzug vermieden worden wäre. Sie allein haben die Dinge auf die Spitze getrieben. Deshalb muß unter den obwaltenden Umständen und angesichts der beispiellosen Rücksichtslosigkeit ehemals gekrönter Häupter das Volk sich selbst und das deutsche Wirtschaftsleben vor Verdridungen schützen, die ihm den letzten Atem rauben jollen.

Kirche und Staatsbürgerrecht.

Halle. Die Paulus-Gemeinde in Halle gibt ein Kirchenblatt heraus, das von Herrn Farrer Bach verant-

wortlich gezeichnet wird. In Nr. 9 dieses Blattes wird u. a. auf die Frage des Volkstentzugs behandelt und gesagt, daß man dazu vom christlichen Standpunkte aus Stellung nehmen wolle und zwar in freier Fassung an Hand eines von D. Dr. Michaelis geschriebenen Flugblatts des Christenbundes. Will wollen die Darstellung, die dieses Flugblatt von dem Zustandekommen des Antrags zum Volkstentzug und von den Fürstentragenden gibt, in ihren Einzelheiten hier nicht erörtern. Nur soviel sei bemerkt, daß in dieser Darstellung zunächst nur die Forderungen der Hohenzollern behandelt und auch unrichtig wiedergegeben werden. Ueber die vom preussischen Staat den Hohenzollern wiederholt angeboten und von diesen abgelehnten Vergleichsvorschläge geht man nämlich hinweg. Daß der frühere Kaiser bei seiner Flucht nach Holland vom preussischen Staat als Beispiels zu seinem Unterhalt monatlich 60 000 Goldmark gezahlt erhält, ist nicht gesagt. Daß viele Hohenzollernprinzen ererbende Vermögensgegenstände in Besitz haben, ist gleichfalls nicht erwähnt. Auch die unerschämte Art des ehemaligen Thüringer Herzogs und die medienburgischer Fürstentragende übergegangen. Aber es soll auch von uns an dieser Stelle nicht darauf eingegangen werden. Beschränken wir uns auf die Darstellung der Verhältnisse, die Herr Farrer Bach an seine Gemeindeglieder richtet und die darin gipfelt, daß er ihnen analog der von den Fürstentragenden angedrohten Stimmhaltung ebenfalls empfiehlt, falls sie gegen den Volkstentzug sind, an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Oder sollte jemand, so fügt er hinzu, unter dem Terror anderer doch hingehen, dann solle man einen Zettel ohne jedes Zeichen abgeben, damit dieser Stimmzettel für ungültig erklärt werden muß.

Was Herr Farrer Bach hier seinen Gemeindegliedern empfiehlt, ist ein Eingriff in die freie Entscheidung des einzelnen Staatsbürgers und in die Ausübung staatsbürgerlichen Rechts. Glauben politische Parteien und Fürstentragende, einen solchen Eingriff begehen zu können, so ist dies an sich schon bedauerlich. Frei davon muß sich aber u. E. unter allen Umständen die Kirche und müssen sich deren Diener halten, sofern letztere sich in öffentlichen Ausföhrungen an ihre Gemeinde wenden. Gerade die Parole „Stimmhaltung“ ist ein Terrorakt, der bestehende politische Gegebenheiten auf neue Verweisen und zur Ueberwindung des einen durch den anderen Veranlassung geben muß. Man denke nur an höhere, mittlere und untere Beamte, an Arbeitgeber und Angestellte usw. Auch der Rat, einen ungültigen Stimmzettel abzugeben, ist eine unzulässige und völlig einseitige Beeinflussung. Es gibt ein Fürstentrecht. Es gibt aber auch ein Volkrecht. Und wenn Herr Farrer Bach die Beteiligung am Volkstentzug als eine Beteiligung an Raub nennt, dann erscheint uns diese Beurteilung ungeschöfener deutscher Männer und Frauen im vorliegenden Falle und in ihrer Ausföhrung auf Farrer und Gemeinde als eine verhängnisvolle.

J. Dornblüth.

Vorbereitungen der Fürstentragenden.

(Vorläufig fehlt noch Geld.)

Halle. Die Berliner Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei richtet an ihre Landesverbände und Kreisvereine Rundschreiben, in denen zunächst darauf hingewiesen wird, daß die Entwürfe zum Kampfinstrument gegen den Volkstentzug seit mehreren Wochen in der Geschäftsstelle lagern, daß man leider aber noch nicht das erforderliche Geld zusammen habe, um alle Anforderungen befriedigen zu können. Es handele sich um eine Auflage von 80 Millionen Flugblätter und 90 Millionen Handzettel. Daneben soll natürlich auch die Presse, beispielsweise die „Deutsche Illustrierte“, geschöf angepannt werden. Letztere soll am 12. 6. sogar eine Sondernummer herausbringen. Weiter wird in den Rundschreiben empfohlen, den demnächst zur Verbenbung kommenden Aufzählung überall von örtlich führenden Persönlichkeiten unterzeichnen zu lassen, um der Sache mehr Nachdruck zu geben. Und schließlich wird dazu geraten, daß sich möglichst viele Anhänger der Reichsparteien den Wahlbehörden für das Amt eines Wahlvorstehers zur Verfügung stellen.

Man sieht, welche Anstrengungen von Rechts gemacht werden, um das Ergebnis der Volksabstimmung zu beeinflussen. Die Parteileitungen haben zwar die Parole für Stimmhaltung ausgegeben, aber man scheint den eigenen Anhängern nicht mehr zu trauen, besüchtigt vielmehr ein noch härteres Abkommen bei der Abstimmung über den Volkstentzug, als es schon beim Volksgebühren nachgewiesenermaßen der Fall war. Besonders bemerkenswert ist der Rat, möglichst viele Wahlvorsteherstellen mit Rechtsanhängern zu besetzen. Was halbrängt man sich gerade zu diesen Posten? Und woher kommen schließlich die ungeheuren Geldmittel, die für eine Agitation, die allein 170 Millionen Flugblätter vorheißt, notwendig sind? Es muß in den interessierten Kreisen doch eine ganz erhebliche Anzahl von Leuten geben, die sich das leisten können.

Halle. Deutsche Demokratische Frauengruppe. Der für Donnerstag, den 17. Juni, abends angelegte Vortrag von Frau Oberin Dernehl muß umföndelbar leider ausfallen. An Stelle der Abendstunde findet aber an demselben Tage nachmittags 4 Uhr eine Zusammenkunft in Bad Wilhelm statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Gäste sind willkommen.

D. D. P. Ortsverein Weisenfels. Montag, den 14. Juni abends 8 Uhr Zusammenkunft im Sächsischen Hof. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig W. Anz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

